



Basisdemokratisches Bündnis

fragend schreiten wir voran



ADF Gebühren Abzocke

ASTA baut sich einen Partykeller & erhöht die Semesterbeiträge

Seite 2-3 ▶

Studiengebührenmissbrauch

Jetzt werden fleißig Löcher gestopft

Seite 4 ▶

Vorratsdatenspeicherung

Verfassungsgericht urteilt halbherzig

Seite 5 ▶

"Bildung im Wandel"

Veranstaltungsreihe im Sommer

Seite 12 ▶

Kampf um Freiraum an der Uni

Was ist passiert? // Was hat's gebracht? // Repressionen im Nachhinein

Seiten 6-11 ▶

Beats & Breaks

Party:

3 Floors

— Shisha Lounge
— Cocktail Bar

Wed. 23rd. April
10:00 PM JuZI

Mikroclubbing, Drum'n'Bass, Indie, Rock



Das neue Semester hat angefangen. Zunächst die schlechte Nachricht: Wir haben einen neuen alten AStA. Jetzt noch mit mehr rechter Ideologie, denn diesmal hat sich die ADF mal wieder den RCDS als Koalitionspartner auserwählt. Nun die gute Nachricht: Mit diesem Trauerspiel geht es allmählich zu Ende. Bei den letzten Wahlen haben die rechten Gruppen gleich drei Sitze verloren, die die Linken Gruppen entsprechend dazu gewinnen konnten. Allein zwei Sitze hat die ADF (von 22 auf 20) verloren. Einen weiteren die LHG (2 zu 1). Gewonnen haben GHG, BB (Beide von 6 auf 7) und SRK (2 zu 3). Die Jusos bleiben bei fünf, der RCDS bei vier Sitzen. "Solange noch Zeit für schlechte Politik bleibt, wollen wir diesmal aus dem Vollen schöpfen", werden sich RCDS und ADF gedacht haben und haben gleich losgelegt: Den Beitrag zur studentischen Selbstverwaltung haben sie um 25% angehoben, um damit den Ausbau eines Partykellers im VG zu finanzieren. Der wird nach dem Ausbau so teuer zu mieten sein, dass niemand außer der ADF ihn nutzen möchte. Für dieses Privatvergnügen soll die Studierendenschaft 109.000 Euro springen lassen (siehe Artikel rechts). Auch die Uni startet gut ins neue Semester und möchte gleich mehrere 100.000 Euro Studiengebühren missbrauchen. Dass sie damit nun schon nach zwei Semestern ihre selbst auferlegten Regeln zur Verwendung von Studiengebühren beiseite schiebt, zeigt, dass Studiengebühren schon immer darauf hinaus laufen sollten, dass die Studierenden mit ihrem Geld die Lücken schließen sollen, die der Rückzug des Staates hinterlässt (Mehr Seite 4).

Linke Basisaktivitäten tragen in diesem Semester ebenfalls ihre Früchte. Nach der Besetzung eines Seminarräume im letzten Semester hat die Uni nun einen Raum bauen lassen, der als selbstveraltetes Café genutzt werden kann. Dieses wird in den nächsten Tagen im Erdgeschoss des MZG eröffnet. Die mühselige Vorgeschichte und ihre kämpferische Zuspitzung letztes Semester haben wir auf Seite 6 nachgezeichnet. Wozu es Freiräume braucht, soll eine Geschichte auf Seite 9 verdeutlichen. Was der schließliche Erfolg politisch bedeutet, bewerten wir auf Seite 7. Leider hat dieser Kampf auch ein juristisches Nachspiel. Gegen einen Aktivisten wurde Anzeige erstattet. Mehr dazu erfahrt ihr auf Seite 11.

Apopros Anzeige. Der Staat versucht in den letzten Jahren immer mehr das Privatleben von ihm missliebigen Personen auszuspähen. Das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung ist hier der vorläufige Höhepunkt. Gegen dieses Gesetz wurde vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt. Auf Seite 5 berichten wir über einen Erfolg, der kaum einer ist.

Schließlich findet ihr auf Seite 12 die Ankündigung zu einer Veranstaltungsreihe, mit der versucht werden soll, sich einen Bildungsbegriff anzueignen, um den es sich zu kämpfen lohnt.

Wir wünschen Euch viel Spaß beim Lesen und einen guten Semesterstart.

ADF-Gebühren-Abzocke

Der AStA baut sich einen Party-Keller – und schröpft dafür die Studierendenschaft. 109.000 € aus studentischen Geldern sollen dafür aufgebracht werden – und der Semesterbetrag, den alle Studierenden an den AStA abführen müssen, soll um 25% (!) erhöht werden. Gleichzeitig steckt die Uni 250.000 € in den Umbau des Kellers, um im Verfügungsgebäude (VG) ein gastronomietaugliches Party-Etablissement zu errichten. Wovon diese Summe bezahlt werden soll, ist noch unklar – am Ende gar aus Studiengebühren.

No More VG-Parties

Einige erinnern sich vielleicht noch an VG-Parties. Zwei Seminarräume in 2. Stock des Verfügungsgebäudes wurden mit mehr oder weniger großem kreativem Aufwand hergerichtet, es wurde gefeiert bis zum Umfallen – und am nächsten Morgen ging es dann in den selben Räumen weiter mit Uniseminaren. Damit ist nun Schluss. Das VG wird umgebaut und die Uni möchte Studierenden die Räumlichkeiten nicht mehr zu deren Vergnügen überlassen. Da es bereits im letzten Semester Spontanparties in Uni-Räume gab, wurde der Univerwaltung schnell klar, das sie Ersatzräume stellen muss, um vor derartigen Unannehmlichkeiten geschützt zu sein. Also trat das Präsidium in Verhandlung mit dem AStA – und der präsentiert nun als Ergebnis ein Mammutprojekt, von dem einzig er etwas hat.

Während einer Aussprache im Studierendenparlament (Stupa) erklärte die AStA-tragende ADF, ihre Fachschaften hätten kein Interesse daran, den Raum zu nutzen. Er sei schlicht zu klein für Wiwi- und Jura-Parties. Auch für die Gruppen der anderen Fakultäten und Fachgruppen kommt er nicht wirklich in Frage. Deren Parties sind zwar zumeist kleiner, dafür aber auch weniger gewinnträchtig – und machen den VG-Keller daher schon von vornherein unattraktiv. Vielleicht wird der AStA von Zeit zu Zeit eine Party in diesen Räumen veranstalten, vielleicht auch die ADF, die geplanten 30 bis 50 Events im Jahr, die zu einer kostendeckenden Bewirtschaftung notwendig wären, dürften aber wohl ins Reich der Phantasie gehören.

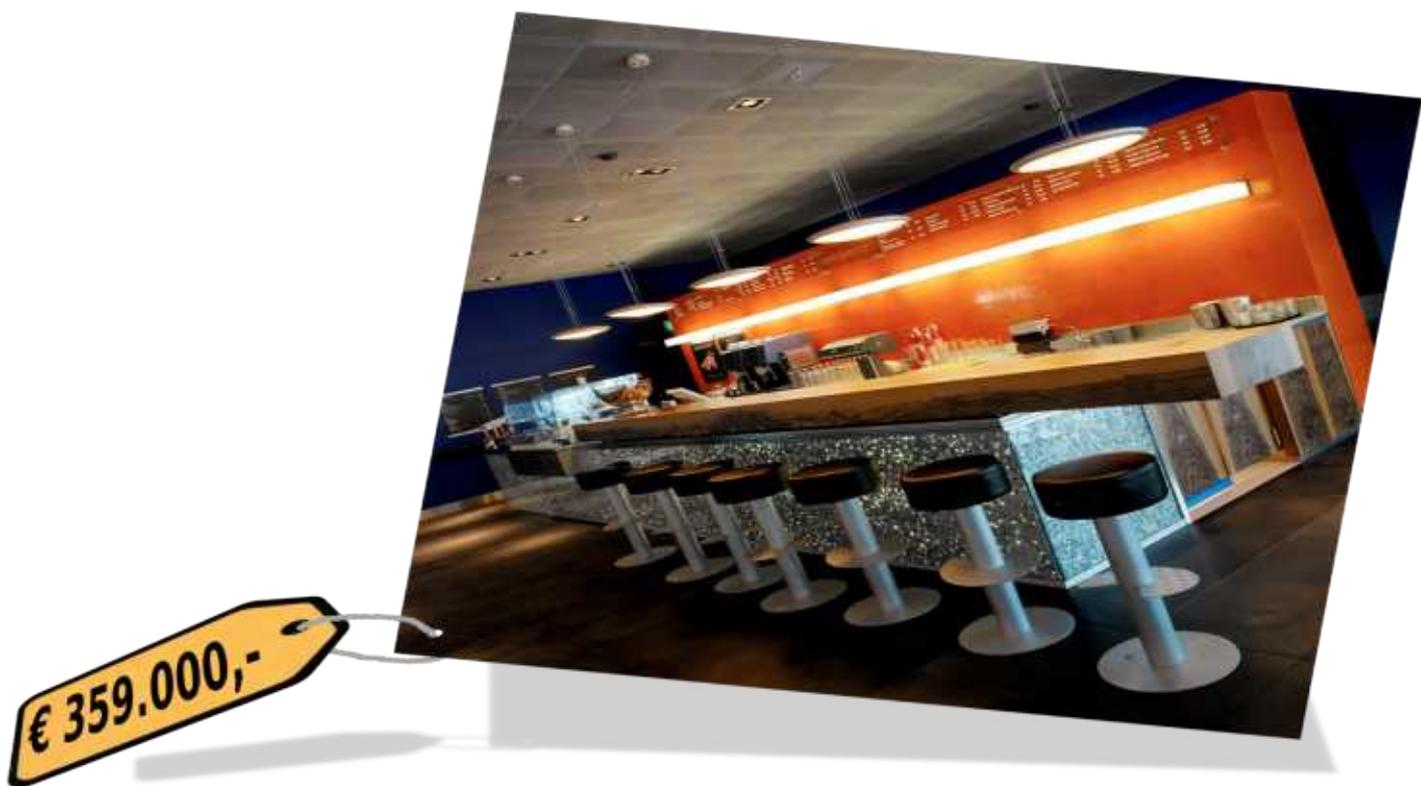
Diese Phantasie ist übrigens vor allem die von Andreas Redeker. Der hatte in den 10 Jahren, die er bereits an der

Uni verbringt, bereits einige Posten im AStA und möchte sich allem Anschein nach mit dem Raum ein ruhmreiches Abschiedsgeschenk machen. Das er selber nicht im AStA sitzt, dafür aber federführend das Projekt „Partykeller“ vorantreibt, spricht bereits Bände: Nicht „der AStA“ möchte dieses Projekt, sondern „die ADF“. Dazu passt auch die Aussage von Redeker während eines Treffens, bei dem die politischen Hochschulgruppen und die Fachschaften auf Linie gebracht werden sollten: „Die ADF würde diesen Raum nicht betreiben, wenn die ADF nicht vorhätte, diesen Raum auch zu nutzen.“ Freuen wir uns also auf vom AStA finanzierte Geburtstagsparties von und mit Andi Redeker.

Partykeller als Privatprojekt einer marodierenden ADF

Das die ADF diesen Raum betreibt, dürfte kein Versprecher sein. Im Haushaltsentwurf für den diesjährigen Haushalt des AStA sind sowohl die Erhöhung der Studierendenbeiträge als auch eine Kürzung weiter Teile der AStA-Arbeit vorgesehen. Vorgestellt wurde dieser Haushalt aber nicht vom RCDS-Finanzreferenten Karl Felix Oppermann (17), sondern vom für Skandale mehr als anfälligen ADF-Veteranen Christian Ziegenhorn, gegen den bereits seine eigene Fraktion vor einigen Jahren eine „Parlamentarische Untersuchungskommission“ (ja, auch so etwas gibt es mittlerweile an der Uni) einberufen hatte.

Ebenfalls pikant sind die Details einer möglichen Finanzierung der Umbaumaßnahmen am Gebäude, die so nonchalant von der Universitätsleitung zugesagt wurden. Gibt es hier vielleicht



AStA träumt vom "begehbaren Kühlschrank" und Luxus-Theken - irgendwo muss das Geld ja hin, wenn schon sonst bei jeder sinnvoller studentischer Politik geknausert wird.

Absprachen mit den ebenfalls von der ADF entsandten studentischen Mitgliedern im Vergabeausschuss für Studiengebühren? Verwundern würde das nicht, sind diese doch schon häufiger dadurch aufgefallen, dass sie Gelder aus Studiengebühren für fragwürdige Zwecke verteilt haben.

Dass die Fraktion der ADF dem Treiben ihrer Führungsclique ein Ende bereiten würde, ist derweil nicht abzusehen. Die Personaldecke der „größten Hochschulgruppe Göttingens“ ist mittlerweile derartig dünn, dass sie nicht auf ihre Macher verzichten kann. Dies zeigt sich nicht nur in der Kontinuität alteingesessener Aktivisten wie Kai-Horge Oppermann, Christian Ziegenhorn, Andre Dorenbusch und Andreas Redeker in der ersten Reihe der demokratischen Fachschaftsmitglieder.

Es zeigt sich auch an dem monarchischen Gebaren, mit dem diese sich im Studierendenparlament - auch und nicht zuletzt gegenüber ihrer eigenen Fraktion - alles herausnehmen können, was sie wollen. So wurde ein gewählter Parlamentarier auf Initiative des Stupa-Präsidenten und ehemaligen AStA-Vorsitzenden Andre Dorenbusch von der Sitzung ausgeschlossen - Parallelen zum Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung sind hier keineswegs zufällig. Die Fraktion lies ihm das durchgehen und stellte sich bei einer Abstimmung hinter ihn. „Wir wollen uns ja kein neues Präsidium suchen.“ war die Begründung etwa von Andreas Sorge, der ebenfalls bereits in Stupa-Präsidium und AStA-Vorsitz „geglänzt“ hatte. Wo sollten sie das auch hernehmen, für das politischen Alltagsgeschäft haben sie jetzt schon zu wenig Leute. Selbst ProtokollantInnen wollten

sich auf der letzten Stupa-Sitzung nicht finden lassen, die scheinbar gegen ihren Willen von Christian Ziegenhorn nominierten erklärten schuldbewusst, sie stünden nicht zur Verfügung. Erst nachhaltige Drohungen aus Reihen der Fraktionsoberen konnten hier Abhilfe schaffen.

■ **Mahagoni-Theke statt Partyflair**

Wenn studentische Gruppen von nun an Parties im VG machen wollten, müssen sie zunächst einen bürokratischen Hürdenlauf bewältigen, anschließend über 800 € als „Startgebühr“ locker machen und dürfen dann hoffen, dass sie die Zumindest wieder reinbekommen - und nicht mit Verlusten nach Hause gehen. Ungeklärt ist dabei, ob nicht noch Gelder für die Bezahlung von Sicherheitsleuten und Hausmeistern dazukommen würden - was bislang bei VG-Parties der Haupt-Ausgabeposten war. Das wird die meisten abschrecken, und so werden sie nicht in den Genuss dessen kommen, was Andi Redeker dort alles von unsere Geldern hineingestellt hat: 2 bundesligataugliche Kickertische zum Preis von 3500 € soll es geben - solche, die nur nach vorherigem Münzeinwurf sbesspielbar sind, selbstverständlich. Das Bier wird nicht etwa in Kisten auf dem Boden gelagert (wie bislang) oder in günstigen Kühlschränken verstaut, sondern in einem überbeurten, begehbaren Kühlraum - dem Lieblingskind des Konzeptverantwortlichen Redeker (O-Ton: „Ohne begehbaren Kühlschrank ist mit mir nichts zu machen“).

So ein studentischer Raum sei, mit einer Ausnahme in Frankfurt, in dieser Form bundes-

weit einmalig, betonte der AStA-Vorsitzende Sebastian Ehrlich vor dem Stupa. Aus gutem Grund: niemand, der klar bei Verstand ist, würde mit einem solchen Projekt derartig viel Geld in den Sand setzen, nur sich den persönlichen Kick zu erfüllen, edel abfeiern zu können. Dazu kommt, dass die Räumlichkeiten in Frankfurt in ein größer nutzbares Konferenzzentrum eingebunden sind, über ein Café verfügen und wesentlich umfangreicher nutzbar sind, als Redekers privater Partykeller.

■ **Das Ende für studentische Partykultur**

Es gibt bislang an der Uni Göttingen eine lange Tradition studentischer Partykultur. Mit wenig organisatorischem und finanziellem Aufwand war es unterschiedlichsten Grüppchen und Zusammenhängen möglich, die Uni zu einem Raum zu machen, an dem wir nicht nur existieren, sondern auch leben. Das war gut und hatte einen Sinn: bürokratische Monster wie das 2-phasige Bewerbungsverfahren für den neuen Raum, die jeweils noch in unterschiedliche Schritte unterteilt sind und die im Zweifelsfall ein halbes Jahr vor dem Partytermin beginnen, entsprechen nicht dem Arbeitsrhythmus studentischer Gruppen. Mehr als 800 € Fixkosten sprengen jede seriöse Partyplanung, nicht zuletzt vor dem Hintergrund schwankender BesucherInnenzahlen. Dass wir dafür auch noch mehr Studienbeiträge an einen AStA zahlen sollen, der als Ausgleich weniger tut, schlägt dem Fass dann den Boden aus.

julian.bierwirth@bb-goettingen.de

Studiengebühren als Ersatz für staatliche Finanzierung

Die erste systematische Nutzung von Studiengebühren als Ersatz für fehlende Haushaltsmittel läuft an

Allmählich werden die Bandagen im Kampf um die Verwendung von Studiengebühren härter. Bei ihrer Einführung in Göttingen hatte man noch betont, Studiengebühren würden nur zur Verbesserung der Lehre verwendet. Dies sollte damit gewährleistet werden, dass die Studierenden an der Entscheidung über die Verwendung der Gebühren angeblich gleichberechtigt beteiligt seien. Solange es nicht zu größeren Konflikten über die Verwendung kam, konnte diese Fassade gewahrt bleiben. Damit ist es nun vorbei.



Hintergrund

Mit der Einführung von BA/MA und der immer weiteren Verschulung der Lehre ist der Verwaltungsaufwand für die Organisation derselben stark gestiegen. Offiziell zuständig hierfür sind der Studiendekan und die Studienkommission. Der Studiendekan wird aus den Reihen der Hochschullehrer_innen gewählt, die Studienkommission setzt sich aus Vertreter_innen aller Statusgruppen an der Uni zusammen. Sie ist das einzige Gremium in dem die Studierenden das selbe Stimmengewicht wie die Professor_innenschaft haben. Dem gestiegenen Aufwand für die Organisation der Lehre soll mit einer „Profesionalisierung“ genannten Umstrukturierung des Studiendekanats begegnet werden. Der/die gewählte Dekan_in soll nun mindestens drei Jahre im Amt bleiben. Die Amtsübergabe samt Einarbeitung soll besser organisiert werden und dem Dekanat soll mehr Personal für Verwaltung zur Verfügung stehen. Zusätzlich soll es mehr Beratungsangebote geben.

Der Haken

Den Sinn einer solchen Umstrukturierung bestreitet niemand. Allein: Diese Erweiterung soll aus Studiengebühren finanziert werden. Die Argumentation: Die verbesserte Organisation führt zu einer besseren Betreuung der Studiengänge und damit zu einer Verbesserung der Lehre. Mit dieser Argumentation ließe sich jede Investition in die Uni als Verbesserung der Lehre etikettieren. Weitreichender ist aber, dass die Erweiterung des Dekanats erst durch die Einführung der bürokratischen Monster BA/MA unumgänglich geworden ist. Sie ist also nötig um auf lange Sicht überhaupt den Lehrbetrieb aufrecht erhalten zu können, nicht um seine Qualität zu verbessern. Dies haben auch die Macher_innen der „Richtlinie über die Verwendung von Studienbeiträgen an der Georg-August-Universität Göttingen“

gewusst. Deshalb haben sie für den jetzigen Fall vorgesorgt. In der Richtlinie ist festgelegt, dass die Gebühren nur für Maßnahmen, die der Verbesserung der Lehre dienen, eingesetzt werden dürfen. Dies wird genauer bestimmt. Unter §12(3) heißt es: „Maßnahmen im Sinne des Abs. 1 (Verbesserung der Lehre) sind insbesondere nicht (...) d) die Finanzierung des für die neuen Studiengänge erforderlichen Beratungsangebots, sofern das Angebot nicht der Ergänzung des im erforderlichen Ausmaß bereitgestellten Angebots dient, sowie e) die Finanzierung des für die neuen Studiengänge erforderlichen Prüfungsverwaltungsaufwandes.“

Die Rechtslage ist also eigentlich eindeutig. Doch nun fängt das Präsidium an Fakten zu schaffen. Es bietet den Fakultäten an, sich an der Finanzierung der Umstrukturierung zu beteiligen, unter der Bedingung, dass sowohl aus dem uniweiten Studiengebührentopf als auch aus den Töpfen der einzelnen Fakultäten Geld beigesteuert wird. Dieser Betrag beläuft sich z.B. an der Philosophischen Fakultät auf 222.000 Euro pro Jahr. So hat das Präsidium den Fakultäten die Pistole auf die Brust gesetzt. Entweder sie schaffen es an den Fakultäten, das Geld aus den Studiengebührentöpfen zu bekommen, oder sie werden mit dem Verwaltungsaufwand allein gelassen. Die Professor_innen und Dekane, die eben auch nur Deutsche sind, haben diese Erpressung mit der landesüblichen Methode beantwortet. Während man sich der Erpressung von oben beugt, setzt man sich gegen den Willen der schwächeren Statusgruppe durch. Die von studentischer Seite durch die ADF besetzte Kommission zur Verwaltung des uniweiten Studiengebührentopfes (ZKLS) hat dem ganzen Plan ohnehin ihren Placet gegeben, hat doch die ADF diese Pläne in ihrer Zeitung Wadenbeisser Nr. 73 abgefeiert, weil man sie an ihrer Erstellung beteiligt hatte. („Gute Lehre braucht gutes Management“, S. 4)

Demokratie ist wenn man trotzdem lacht

Bei der Durchsetzung der Pläne auf Fakultätsebene zeigt sich dann auch, was von dem Mitbestimmungsrecht der Studierenden bei der Verwendung von Studiengebühren zu halten ist. Hier wird immer der Eindruck vermittelt, als sei es die Studienkommission, die über die Gebühren entscheidet. Dort hätten die Studierenden auf Grund der Zusammensetzung der Kommission tatsächlich Einfluss auf die Entscheidungen. Ein genauer Blick auf das Merkblatt „Entscheidungswege für die Verwendung der Studienbeiträge“ entlarvt diesen Eindruck jedoch als Schein. Denn es ist der Fakultätsrat, der letztlich über die Verwendung der Studiengebühren entscheidet. Hier haben die Professor_innen eine komfortable Übermacht, mit der sie jede Entscheidung durchdrücken können. Weicht der Beschluss des Fakultätsrates von dem der Studienkommission ab, so wird dieser Beschluss noch einmal der Studienkommission vorgelegt. Diese darf ihn dann kommentieren. Er wird darauf hin noch einmal dem Fakultätsrat vorgelegt, der dann seine Entscheidung endgültig treffen kann. Die Mitglieder sind dabei gehalten die Kommentare der Studienkommission zur Kenntnis zu nehmen - oder im Klartext: diese sind für die Tonne produziert. Genau so ist es nun an der Philosophischen Fakultät passiert. Dort hatte die Studienkommission die Freigabe der entsprechenden Mittel verweigert. Im Fakultätsrat wurde sie nun mit der Mehrheit der Professor_innenstimmen und gegen die Stimmen der studentischen Vertreter_innen beschlossen. Damit ist ein perfektes Drehbuch gegeben, wie die Aushöhlung des Substitutionsverbotes in den nächsten Jahren ablaufen wird.

kallekunkel@gmx.de

Kein Aus für Vorratsdatenspeicherung und Überwachungsstaat - Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 11.3.2008 sprach sich, wie von den Initiator_innen der Verfassungsbeschwerde und Datenschützer_innen erhofft, teilweise gegen das Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung (Vorratsdatenspeicherung) aus. Dabei wurde jedoch wesentlichen Punkten im Eilantrag der Beschwerdeführer_innen nicht stattgegeben.

„Eilantrag in Sachen Vorratsdatenspeicherung teilweise erfolgreich“ heißt es in der Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts¹. Das erweckt den Anschein, als ob selbst die Karlsruher Verfassungshüter_innen ein mulmiges Gefühl beschließen hätte, dass diese Gesetzesinitiativen eventuell den Rahmen der Grundrechte womöglich etwas arg aushebeln². Schnell was dagegen unternommen also und dem Überwachungsstaatlichen Gesetzesinstrumentarium einen Dämpfer verpasst? Der Schein trügt, und etwas anderes hat wohl auch niemand erwartet.

Protokollierung ja – Verwendung jein

Das Gesetz welches die Vorratsdatenspeicherung regelt, besteht insgesamt aus zwei Teilparagraphen, §113a und §113b des Telekommunikationsgesetzes (TKG).

Die gesetzlich verordnete Speicherung der bei Benutzung von Handy, E-Mail und Telefon anfallenden Verkehrs- und Standortdaten durch die Provider ist Gegenstand des Paragraphen §113a, während die eigentliche Verwendung des gespeicherten Datenbestands zum „Zwecke der Verfolgung von Straftaten, der Abwehr erheblicher Gefahren für die öffentliche Sicherheit und der Erfüllung nachrichtendienstlicher Aufgaben“ durch §113b geregelt wird³.

Der Eilantrag der Beschwerdeführer_innen vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung⁴, mittels einer einstweiligen Anordnung den Vollzug beider Paragraphen zumindest bis zur endgültigen Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde außer Kraft zu setzen, ist vom Bundesverfassungsgericht allerdings nur sehr lückenhaft angenommen worden. Zunächst einmal wurde der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung komplett abgelehnt, was bedeutet, dass sämtliche für das Gesetz neu geschaffene Paragraphen weiterhin und ohne Rücksicht auf den Verlauf der Verfassungsbeschwerde in Kraft sind. Offenbar stört niemanden, dass, sofern der Verfassungsbeschwerde Erfolg beschieden sein wird, der bis dahin erfolgte Gesetzesvollzug verfassungswidrig wäre.

Lediglich an der Verwendung der zu speichernden Daten wurde ein wenig herumgedoktert. Der Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens, welches die Einforderung der Daten nach §113b durch die Vollzugsbehörden erlaubt, wurde als schwere, auch im Einzelfall schwerwiegende Straftat definiert. Die Übermittlung an die Vollzugsbehörden darf nur dann erfolgen, wenn andere Ermittlungsmaßnahmen unmöglich oder aussichtslos sind.

Dies ist immer noch dieselbe Formulierung wie im ursprünglichen Gesetzesentwurf; es wurden nur weitere „Straftaten mittels Telekommunikation“, welche im Ursprungsentwurf Anlass zur Datenanforderung waren, entfernt. Die Hürden bezüglich des Zugriffs auf die Kommunikationsdaten wurden damit nur minimal erhöht. So findet sich unter den Tatbeständen, welche als „schwere Straftat“ nach wie vor eine Verwendung der

Kommunikationsdaten rechtfertigen, auch „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“. Damit ließe sich sicherlich ein Anlass konstruieren, der die Kommunikationsdaten von Protestbewegungen wie der des G-8- Gipfels für die Strafverfolgung offenlegt. Letztendlich wurden alle Änderungen an §113a, der Speicherpflicht der Daten, abgelehnt.

Fazit: Grundlegende Problematik bleibt bestehen

Doch genau diese Tatsache zeigt, dass eine endgültige und zufriedenstellende Lösung, welche den Schutz der privaten Kommunikationsparameter garantieren könnte, so weit entfernt ist, wie schon lange nicht mehr. Die Begehrlichkeiten des Herrn Schäuble und seiner Kollegen lassen vermuten, dass diese sicherlich bald neue Mittel und Wege finden, vorhandene Daten den Mühlen der „Strafverfolgung“ zugänglich zu machen. Sobald Daten erst einmal gespeichert sind, besteht auch immer dieses Risiko. Außerdem lassen Gesetzesentwürfe zum weiteren Ausbau von Überwachungs- und Repressionsstrukturen nicht auf sich warten. Daher fordert auch der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung einen sofortigen Stopp neuer Überwachungs- und Sicherheitsgesetze, welche sich als Risiko für die Grundrechte herausstellen könnten. Davon gibt es leider genug: Zentrales Melderegister, Biometrischer Reisepass, Überwachung von Flugreisen, erweiterte Präventivbefugnisse des BKA, staatliche Spionage auf Privatcomputern...⁵

Desweiteren fordert der Arbeitskreis als Konsequenz im Hinblick auf die Täuschung der Bürger_innen bezüglich der Tragweite der Vorratsdatenspeicherung, sowie des offensichtlichen Bedarfs an freiheitlicheren Innen- und Justizminister_innen, den Rücktritt von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries.⁶ Entsprechend schließt auch die Stellungnahme der Beschwerdeführer_innen auf den Gerichtsbeschluss mit der Feststellung, dass gegenwärtig die freie und unbefangene Telekommunikation in Deutschland für niemanden zu haben ist.⁷ Es gilt also dem überwachungsstaatlichen Arsenal zur Einschränkung unserer Freiheit weiterhin entschlossen entgegenzutreten, denn solange solche Maßnahmen in Kraft sind, heißt es leider weiterhin:

„Dreh dich besser nicht mehr um, denn das SEK geht um, die Gedanken die sind Freilich in der Kartei“
(Quetschenpaua)

Maximilian.Buhl@web.de



¹ www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg08-037

² mensch wundert sich doch öfters über die Dehnbarkeit von gesetzlichen Rahmenbedingungen in der „Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung“ ...

³ Quelle: <http://dip21.bundestag.de/dip21/brd/2007/0798-07.pdf>

⁴ www.vorratsdatenspeicherung.de

⁵ Mehr Informationen zu Vorhaben und Gesetzesinitiativen auch auf Länderebene unter www.daten-speicherung.de/index.php/aktuelle_gesetzesvorhaben/

⁶ www.vorratsdatenspeicherung.de/content/view/209/79/

⁷ www.vorratsdatenspeicherung.de/images/schriftsatz_2008-03-17.pdf

Kampf um Freiraum an der Uni – eine Chronologie

Am Dienstag den 29.01.08 räumte ein Kommando der Polizei den Raum MZG 1140 im „Blauen Turm“ der Uni Göttingen. Dieser wurde für zwei Wochen besetzt, um ein selbstverwaltetes Café zu betreiben. Das Café wurde von vielen Studierenden genutzt. Bis auf die Unileitung hatte niemand ein Problem mit dem neu geschaffenen Freiraum. Inzwischen hat die Unileitung ihre Blockadehaltung aufgegeben und stellt einen Raum für ein selbstverwaltetes Cafe zur Verfügung. Grund genug für uns einmal die gesamte Entwicklung revue passieren zu lassen.



Gemütliche Sitzcke im umfunktionierten Freiraum MZG 1140 (Foto: BB)

Die Vorgeschichte

Besetzung und Räumung haben eine Vorgeschichte. Im Juli 2006 zerstörte ein Feuer große Teile des Oeconomicums - ein Gebäude auf dem zentralen Campus der Uni Göttingen. Von der Zerstörung betroffen war auch das Café Kollabs - ein selbstverwaltetes Café, das im Keller des Oeconomicums untergebracht war. Über dieses Café gab es eine Nutzungsvereinbarung mit der Unileitung. Noch in der Brandnacht begann die Propaganda gegen das Kollabs. Hausmeister und Wachpersonal versicherten, das Feuer sei im Kollabs ausgebrochen. Nur konnten sie der Feuerwehr nicht zeigen, wo der Brandherd lag. Beim Eintreffen der Feuerwehr war der Brand noch vergleichsweise überschaubar. Das Gebäude konnte noch ohne Atemschutz betreten werden. Der Feuerwehr gelang es jedoch nicht den Brandherd schnell genug auszumachen, um das Feuer bekämpfen zu können, was dagegen spricht, dass die Hausmeister genau wussten, wo es ausgebrochen war. Das spielte jedoch für die Demagogie der Unileitung keine Rolle. Ab sofort galt die Devise, das Feuer sei im Café Kollabs ausgebrochen. Mit dieser propagandistischen Rückendeckung machte sich nun der Zentralcampus zum Verschwinden zu bringen. Ohne Begründung wurde eine Verlängerung des Nutzungsvertrages verweigert. Für seine restli-

che Laufzeit wurden keine Ersatzräumlichkeiten angeboten. Dies war der Auftakt für eine Kette von Unverschämtheiten.

Von Seiten der Nutzer_innen des Kollabs gab es eine kurze vom BB initiierte Unterschriftenaktion für den Erhalt bzw. die Neueinrichtung eines selbstverwalteten Raums. Propagandistisch war man jedoch in die Ecke gedrängt worden. Das Kollabs wurde verantwortlich gemacht für einen Brand, bei dem ein Feuerwehrmann ums Leben kam. Die Unileitung hatte keine Skrupel dieses tragische Ereignis in ihrem Kampf gegen das Kollabs zu instrumentalisieren. Inzwischen liegt ein Abschlussbericht der Feuerwehr vor, der sowohl Brandstiftung nicht ausschließt, als auch verschiedene andere Brandursachen in Erwägung zieht. An Aufklärung der wahren Ursachen hat jedoch von Seiten der Uni scheinbar niemand mehr ein Interesse. Hat doch der erste Verdacht bereits gute Dienste geleistet und ein tieferes Bohren könnte unangenehme Fragen aufwerfen, z.B. über die Sicherheit der technischen Anlagen, die im Keller des Oeconomicums untergebracht waren. Oder den Zustand der Stromkabel, die in dem Keller in einem weitgehend ungewarteten Zustand vor sich rum gammelten. Oder, warum der Feuermelder den Brand nicht gemeldet hat, sondern erst der Hausmeister, oder was es mit dem Colaautomaten auf sich hatte, der einige Wochen zu-

vor bei einem technischen Defekt in Brand geraten war.

Zeit der Verhandlungen

Es folgte eine Phase, in der sich eine Initiative unter dem Label „delete control - enter space“ formierte, um auf dem Verhandlungsweg zu einem neuen Freiraum zu gelangen. Vor dem Hintergrund der kaltschnäuzigen Kündigung im Jahr 2006 ein sehr wohlgemeinter Versuch, wieder mit der Unileitung ins Gespräch zu kommen. Diese antwortete mit einem „Angebot“, das dreist zu nennen noch vergleichsweise höflich ist. Ein 27 m² großes still gelegtes Trafohäuschen weit ab vom Campus (siehe Foto auf S. 8). Dabei kam sie sich so generös vor, dass sie beleidigt reagierte, als dieses „Angebot“ abgelehnt wurde. Weitere „Angebote“ kamen von der Unileitung nicht.

Die Besetzung

Nach längerer Vorbereitungszeit kam es dann zur Besetzung am 16.01.08. Diese Besetzung war gut vorbereitet. Innerhalb kürzester Zeit, war der MZG 1140 in ein gemütliches Café umgestaltet. In einem Selbstorganisationsprozess wurden Verantwortlichkeiten für die verschiedenen Aufgaben des Cafébetriebs verteilt. Von Anfang an fand der neue Raum großen Zu-

spruch von Seiten der nicht direkt beteiligten Studierenden. Nachdem die Unileitung versucht hatte die Besetzung durch Einschüchterung zu beenden, akzeptierte sie zunächst den Status Quo und kündigte neue Angebote an. Sie versicherte, dass „solange es nicht zu Lasten von Forschung und Lehre gehe, (...) die Universität grundsätzlich bemüht (sei), Räume für Eigeninitiativen von Studierendengruppen bereitzustellen.“ (<http://www.uni-goettingen.de/de/3240.html?cid=2865>)

Verhandlung oder Verarschung? – das ist hier die Frage

Um es vorweg zu sagen: Nach Lage der Dinge können die „Verhandlungen“ von Seiten der Unileitung nur mit Blick auf die mediale und uniinterne Öffentlichkeit geführt worden sein. Hier wollte man sich selbst als kompromissbereit, die Besetzer_innen aber als unflexible Blockierer_innen darstellen. Es ging nie darum, den Besetzer_innen Angebote zu machen, die deren Vorstellung auch nur im entferntesten entsprechen sollten. Diese Vorstellungen waren von den Besetzer_innen transparent und klar formuliert worden. In ihrer Pressemitteilung vom 17.01.08 heißt es:

Es bleibt vorerst dabei, unsere Forderungen lauten:

- Die Zusicherung im Raum bleiben zu können oder ein ernstzunehmendes Angebot zu
- einer Alternative, die sofort bezogen werden kann.
- Ein Alternativraum müsste folgende Kriterien erfüllen:
- öffentlicher Zugang (sichtbar im Uni-Alltag)
- zentrale Lage am Campus (Theologicum, ZHG, Sozio-Oeconomics, Juridicum)
- Tageslicht (ausreichend Fenster)
- ausreichende Größe (mindestens 50m²)
- einfacher Zugang zu sanitären Anlagen (+Strom, Wasser und Heizung)
- Eine schriftliche Aufstellung eines konkreten Angebots. Keine weitere Einmischung in die Verwaltung und Verwirklichung dieses neuen Freiraums.

Die Universität legte nun ein Raumangebot vor. Das Café sollte in einen Nebenraum eines ehema-

ligen Heizwerks umziehen, das in einigen Monaten abgerissen würde (siehe Foto auf S. 8). In dieser Zeit sollte ein endgültiger Raum gefunden werden. Die Besetzer_innen nahmen dieses Angebot mit einer Einschränkung an: Da zum Zeitpunkt der Verhandlungen gerade die Raumpläne für die nächsten Semester gemacht würden, sollte bereits jetzt ein Angebot für einen endgültigen Raum vorgelegt und schriftlich zugesichert werden. Für den Fall, dass dieser Raum nicht sofort bezogen werden könnte, waren die Besetzer_innen mit einem Umzug in das Heizwerk einverstanden. Nach den bisherigen Erfahrungen mit der Hinhaltenaktik des Präsidiums waren die Besetzer_innen nicht bereit, sich ihren einzigen Verhandlungstrumpf aus der Hand nehmen zu lassen, solange kein belastbares Angebot vorlag. Die Unileitung betrachtete die Reaktion der Besetzer_innen als Ablehnung. Die folgenden Ereignisse erklären warum.

Nachdem die Besetzer_innen der ersten Täuschung nicht auf den Leim gegangen waren, folgte am Mittwoch, 23.01.08 ein weiteres „Angebot“. Man bot zwei Räume im Rosa-Luxemburg-Haus (Asta-Gebäude) an. Dies hatte man nicht mit dem Asta abgesprochen. Dieser war auch nicht bereit, die beiden Räume zur Verfügung zu stellen. Hätten die Besetzer_innen das Angebot angenommen, hätte die Univerwaltung den Asta gezwungen, die Räume her zu geben. Die Besetzer_innen haben das Angebot jedoch aus mehreren Gründen abgelehnt. Erstens entsprach auch dieser Raum nicht dem wichtigsten Kriterium der Campusnähe und damit Präsenz im Studierendentag. Zweitens wollte man nicht Räume der studentischen Selbstverwaltung in Räume in studentischer Selbstverwaltung verwandeln, sondern neue Freiräume schaffen. Drittens war man nicht bereit sich gegen den Asta auszuspielen zu lassen. Dementsprechend wurde dieses Angebot abgelehnt.

Eine Strategie wird sichtbar

Der erste und der zweite Vorschlag zusammen genommen ergeben ein gutes Bild von der Strategie der Unileitung. Zunächst bietet man eine Übergangslösung außerhalb an, die bald verschwin-

Let's fight for your rights!

Zwischen Studiengebühren und der Umstellung auf Schmalpurstudium, zwischen Plakatierverbot, Einschränkungen beim Flyerverteilen und bereits zur Normalität gewordenen Polizei-Einsätzen auf dem Campus gibt es einen Lichtblick: alles das, so können wir lernen, muss nicht hingenommen werden, es lässt sich ändern!

Was ist geschehen? Eine schnell anwachsende Gruppe Studierender hat im Übergang zwischen ZHG und Blauem Turm einen Raum besetzt. Und ist einfach nicht rausgegangen. Verzweifelt redeten der Chef des Gebäudemanagements und Vizepräsident auf die Besetzer_innen ein, ihr Vorgehen sei illegal und könne nicht geduldet werden. Ihr Verhalten sei dafür um so legitimer und das sei ihnen auch alles ziemlich schnurz, was die Kollegen vom Präsidium so finden würden, antworteten die Studierenden.

Das fanden auch andere. Der Raum wurde gut genutzt, gewann Sympathien und wurde schließlich in einer frühmorgendlichen Polizeiaktion geräumt. 'Das musste sein, wir brauchen den Raum', befand das Präsidium. Um ihn dann bis zum nahenden Semesterende zu sperren. 'Wir brauchen den Raum auch', befanden die NutzerInnen des Raumes - und zogen mit einer kraftvollen und entschlossenen Demonstration durch die Stadt, ließen sich auch von der Polizei nicht am Betreten des Campus abhalten - und standen schließlich wieder vor dem Raum, aus dem sie gerade herausgetragen wurden.

Auf eine Wiederbesetzung eines oder mehrerer Räume wurde verzichtet - doch die Botschaft war eindeutig: das lassen wir nicht mit uns machen. Wir wollen einen Raum, wir werden ihn uns nehmen und ihr könnt im Zweifelsfall auch nichts dagegen tun. Die Stimmung war gut und es herrschte allenthalben Entschlossenheit. Was auch am Präsidium nicht spurlos vorbeigezogen ist. Bereits am nächsten Tag hieß es, nun seien Lösungen möglich, die gestern noch nicht möglich gewesen seien.

Und so zogen sich die verantwortlichen Herren zur Klausur zurück - und präsentierten einen neuen Raum. Neu, weil es ihn bislang noch nicht gab. Aber eben geben sollte, weil er gebaut werden sollte - was mittlerweile geschehen ist. Das ist eine dieser Lösungen, die vorher noch nicht möglich waren. Vorher, das heißt: bevor eine kritische Öffentlichkeit an der Uni gezeigt hat, dass sie in der Lage ist, kollektiv zu handeln; dass sie nicht länger gewillt ist, sich die Butter vom Brot nehmen zu lassen. Dass sie nicht nur die Butter und das Brot, sondern am liebsten auch gleich Bäckerei und Molkerei haben möchte.

Dass diejenigen, die eben noch eine Räumung veranlasst haben, weder Kosten noch Mühen scheuen und einen Raum zur Verfügung zu stellen, ist kein Zufall, keine Laune der Natur und auch nicht einer plötzlichen Eingebung des Unipräsidenten geschuldet. Es ist vielmehr das Ergebnis entschlossenen politischen Vorgehens, von bewusstem Übertreten von Regeln, die eben dadurch Geschichte wurden. Verhandelt wurde mit der Uni schon viel, stets ohne Erfolg. Es gäbe eben keine geeigneten Räumlichkeiten, so die immer wiederkehrende Beschwörung der Uni-Leitung. Erst als der politische Druck erhöht wurde, kam Bewegung in die Sache. Jetzt gibt es einen Raum.

Wir wissen nun, wie es geht. Studiengebühren und Plakatierverbot, Einschränkungen beim Verteilen von Flyern und andere Unannehmlichkeiten müssen nicht so bleiben, wie sie sind. Nutzen wir diese Chance!

julian.bierwirth@bb-goettingen.de



"Angebot" 1: 27m² verfallenes Trafo-Häuschen in der Humboldtallee (Foto: BB)



"Angebot" 2: Nebenraum im abrisfbereiten ehemaligen Heizwerk (Foto: BB)

Fortsetzung von Seite 7 ►

den soll. Wenn die Besetzer_innen dann kein Druckmittel mehr in der Hand haben und wissen, dass sie in dem Gebäude nur für eine kurze Zeit bleiben können, macht man ein Angebot, mit dem man den Konflikt in die Studierendenschaft trägt. Nun hätten die Besetzer_innen die Wahl gehabt in dem Gebäude zu bleiben bis es abgerissen wird, oder sich gegen ihren eigenen Asta zu stellen. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen, weil die Besetzer_innen dem ersten Täuschungsversuch nicht auf den Leim gegangen sind.

sa-Luxemburg-Haus liegt jedoch nicht auf dem Campus. In einem Gespräch mit dem Stadtradio lässt Fuhrmann-Koch das Lügengebäude dann zusammen stürzen. Dort wird sie zitiert: „Eine kurzfristige Lösung direkt auf dem Campus sei zurzeit jedoch nicht möglich (...) Zwei Übergangsvorschläge außerhalb des Campus hatten die Studierenden abgelehnt.“ Auf einmal liegen die Räume also außerhalb des Campus und aus dem „konkreten Raumvorschlag“ sind „Übergangsvorschläge“ geworden. Wahrheit ist das was man draus macht.

Lügen der Unileitung

Gegenüber der Öffentlichkeit hat die Unileitung während der ganzen Zeit immer wieder mit Lügen gearbeitet. Über das „Angebot“ im Asta schrieb die Pressesprecherin der Uni, Marietta Fuhrmann-Koch:

„Die Universität Göttingen hat den Studierenden, die seit Mittwoch vergangener Woche einen Seminarraum im Mehrzweckgebäude der Hochschule besetzt halten, einen konkreten Raumvorschlag für ein selbstverwaltetes Café auf dem Campus unterbreitet.“ Damit soll der Eindruck erweckt werden den Forderungen der Studierenden nach einem zentralen Ort werde Rechnung getragen. Das Ro-

to be continued...

Nach der Ablehnung des zweiten Täuschungsmanövers sah sich die Unileitung nun wohl genug in der Öffentlichkeit legitimiert, die Räumung des Raums gewaltsam zu erzwingen. Am Morgen des 29.01.08 stürmte eine Polizeieinheit verummmt, mit Schlagstock und Vorschlaghammer den Raum und nahm die dort Anwesenden fest. Damit hatte die Unileitung die nächste Runde eingeleitet. Denn der Kampf um Freiräume war damit erst eröffnet. An einer Spontandemo am Abend des selben Tages nahmen bis zu 350 Menschen teil, die deutlich gemacht haben, dass in dieser Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen war. Gegen den Willen der Polizei, die die Demo von Anfang an massiv angriff und zu stoppen versuchte, setzten sie ihre geplante Route durch und liefen bis zum Campus. Dieses entschlossene Vorgehen hinterließ bei der Uni-Leitung offenbar bleibenden Eindruck. Ihre Pressesprecherin äußerte am nächsten Morgen, nun seien Dinge möglich, die am Vortag noch nicht möglich gewesen seien, und bot neue Verhandlungen an.

Zu einer symbolischen Eröffnung des Cafés am darauf folgenden Donnerstagmittag, die die Nutzer_innen trotz Räumung demonstrativ durchführten, erschienen 200 Personen. Dort wurde versprochen, dass spätestens ab Anfang des nächsten Semesters ein Raum zurück erkämpft werden würde.

mission accomplished

Dieses Versprechen können sie halten. Scheinbar ist der Unileitung klar geworden, dass sie sich wegen ihrer Verweigerungshaltung auf ungemütliche Zeiten hätte einstellen müssen. Es folgten abermals Verhandlungen, in denen die Uni schließlich den Bau eines Raumes im Erdgeschoss des MZG (blauer Turm) anbot. Dieser Bau wird gerade fertig gestellt. Der Raum wird 61 m² groß sein, mit seiner Glasfassade und einer Terrasse sogar noch chilliger werden, als der MZG 1140. Es lohnt sich ab Ende April einmal vorbei zu schauen, denn dann wird der Raum voraussichtlich bezogen werden können. Das konsequente aber besonnene Vorgehen der Aktivist_innen hat sich damit bezahlt gemacht.

kallekunkel@gmx.de

Scheiß AstA !

Vielleicht fragt sich der ein oder die andere zurecht, wo der Asta bei dieser Auseinandersetzung vorkommt. Selbst als die Unileitung die Räume des Asta über seinen Kopf hinweg vergeben wollte, war von diesem nichts zu hören. Ganz im Gegenteil war man dort froh, dass die Besetzer_innen das Angebot ablehnten. So mussten sie sich nicht dazu äußern. Als sich der Asta dann schließlich äußerte hätte er lieber schweigen sollen. Denn erst nachdem die Unileitung die Polizei gegen die Besetzer_innen eingesetzt hatte, sah sich der Asta zu einer öffentlichen Verlautbarung genötigt. Diese hatte es dann in sich: „Die BesetzerInnen“ - so heißt es in einer Asta-Pressemitteilung - müssten „sich vorhalten lassen, dass sie durch Annahme bereits des ersten Übergangsangebotes (Das Heizwerk, BB) der Universitätsleitung ihre rechtswidrige Protestform hätten aufgeben und weiteren Spielraum für eine Verhandlungslösung gewinnen können.“ Dass man im Asta zu dumm ist, um 1 und 1 zusammen zu zählen, beweist diese Aussage recht schlagend. Zu dem zweiten Angebot (Räume im Asta), dessen Ablehnung durch die Besetzer_innen die Uni zur Beendigung aller „Verhandlungen“ geführt hat, ist gleich gar keine Rede. Dass die Besetzer_innen durch den Gang in das Heizwerk gezwungen worden wären, genau dieses Angebot gegen den Willen des Asta anzunehmen, wollten die konformistischen Spießler von ADF und Jusos offensichtlich nicht verstehen.

Warum Freiräume?

Neulich im ZHG, da war was, da war irgendetwas anders...

„Gehe ich durchs ZHG, dann beschleunigt sich automatisch mein Schritt. Mein Blick prallt von den grauen Wänden ab, es ist laut, es ist ungemütlich. Irgendein Stand macht Werbung für irgendwas. Schnell in meinen Hörsaal gehuscht, ich weiß nicht, was mich draußen halten sollte... Nach der Vorlesung habe ich zwei Stunden bis zu meiner nächsten Veranstaltung, die vierte an diesem Tag. In einer Woche beginnen die Prüfungen: fünf davon in einer Woche. Ich habe das Gefühl, ich kann nicht mehr...

Dieser Ort beginnt mich wahnsinnig zu machen. Ein beklemmendes Gefühl beschleicht mich schon seit einiger Zeit - ich habe den Eindruck seltsam neben mir zu stehen. Ich habe das Gefühl hier nicht so richtig hin zugehören, als wäre das nicht mein Studium, mein Leben, meine Zeit. Ich habe von diesem Café gehört, dass durch eine Besetzung entstanden sein soll. „Besetzung“, denke ich, das hört sich ganz schön militant an. Dennoch will ich es mir wenigstens mal angeguckt haben. Es gibt dieses Café wirklich und als ich davor stehe staune ich nicht schlecht: Links von der Tür sind vier Papierbahnen angebracht, auf denen Einzelpersonen und Gruppen aufgelistet sind, die sich mit den Nutzerinnen und Nutzern des Raumes solidarisieren. Da stehen ein paar Gruppen, die ich kenne, aber auch welche, die mir überhaupt nichts sagen. Über der Tür hängt ein Schild „Willkommen im selbstverwalteten Café 1140“. Auf der rechten Seite sind einige Plakate und darüber blaue Zettel, wie eine Art Tagebucheinträge, auf denen zu lesen ist, was die Leute in den letzten Tagen im Raum gemacht haben: sie haben Musik gemacht, eine offene Bühne, Party, Monopoly gespielt, Antisexismus-Diskussionen geführt und und und... Das beeindruckt mich, dass in so wenigen Tagen so viel hier schon passiert sein soll!

Ich gehe durch die Tür und bin überrascht so viele Menschen hier zu sehen, die an Tischen mit roten oder orangefarbenen Tischdecken und Tulpen sitzen, Kaffee trinken, lernen, sich unterhalten, diskutieren... Schnell habe ich verstanden, dass niemand mich hier bedient, sondern ich mir selbst Kaffee einschenken kann. „Ist ja auch Quatsch“, denke ich, dass ich sonst bedient werde, auch noch von unterbezahlten Angestellten. Ich schmeiße fünfzig Cent in die Dose, mehr habe ich gerade nicht, aber irgendwie weiß ich, dass es okay ist. In der hinteren Ecke stehen Sofas und ein Tisch, am Fenster hängt ein Transparent, auf dem „besetzt-für immer“ steht. Ich muss schmunzeln.

Ich blicke mich um und sehe ein paar Leute, die mich anlächeln und schließlich auch jemanden, die ich kenne. Sie unterhält sich gerade, aber signalisiert mir mich dazu zu gesellen, auch wenn sie mit den anderen gerade in einer Diskussion über die Plenumsstruktur seien und sich Gedanken über die Frage machten, wie informelle Hierarchien abgebaut und noch mehr Menschen in den Entscheidungsfindungsprozess miteinbezogen werden könnten: Es gibt jeden Abend ein Plenum, in dem alle Entscheidungen von allen getroffen werden, erklärt sie mir. Ich bin faszi-

niert. Ich lehne mich zurück und lasse diese Atmosphäre hier erst einmal auf mich wirken... es ist so entspannend! Ich vergesse, dass ich seit 8 Uhr durch die Uni hetze, ich vergesse, dass ich mich noch hier anmelden und dort anmelden muss, dass ich mich langsam um dies und schneller noch um das kümmern sollte, ich vergesse für einen Augenblick den Scheiß-Studienkredit, den ich aufnehmen musste, weil ich nicht wusste, wie ich sonst meine Studiengebühren bezahlen sollte.

Und auf einmal wird mir bewusst, dass hier Dinge möglich sind, von denen ich keine Ahnung hatte: Leute sind aktiv, malen Plakate, kochen Kaffee, halten jeden Abend ihr Plenum ab, diskutieren über politische Themen und darüber, wer die Nacht im Raum schlafen wird, organisieren Bands und Lesungen und und und... Dafür gibt es keine Credit-Points, das führt auch nicht zu einem schnellen Abschluss. Das passt nicht in das Konzept von Verwertungslogik und nicht in den Anschein sauberer Ordentlichkeit des ZHG.

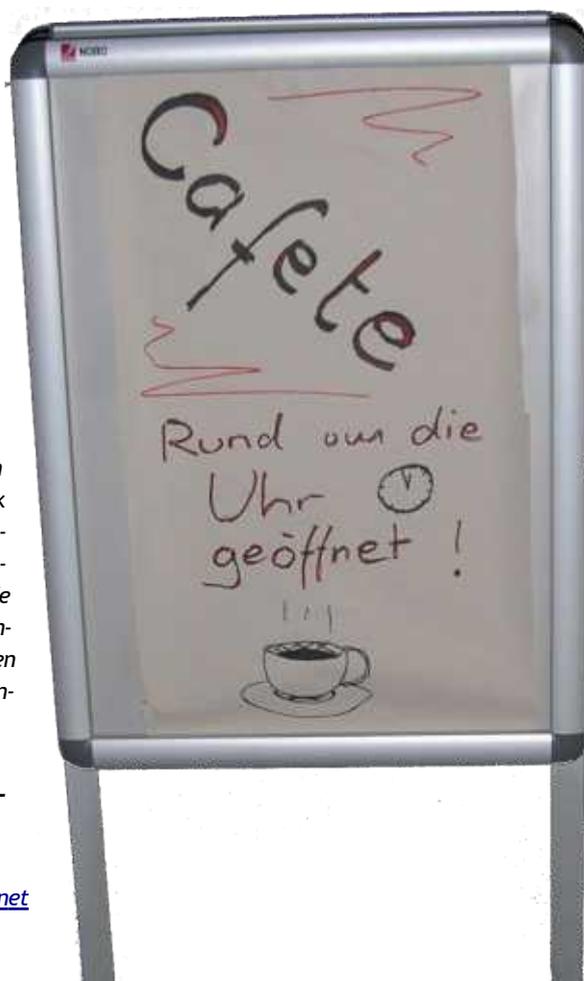
Aber hier hat man das Gefühl ein bisschen zum Atmen zu kommen, denn hier ist nichts zu spüren von Zeitmangel und Leistungsdruck...“

An der Uni soll eine Atmosphäre von Elite-Dünkel und Karrierestreben herrschen. Die Uni soll sauber, ordentlich, repräsentativ sein. Die Politik des Präsidiums geht Hand in Hand mit den Ansprüchen der Wirtschaft und rationalisiert alles weg, was nicht effizient genug ist.

Diese Logik ist es, die die Uni-Leitung in einem selbstverwalteten Raum einen Angriff von ‚Chaot_innen‘ auf die fein säuberlich durchstrukturierte Ordnung sehen lässt. Diese Logik ist es, die die Uni-Leitung zu den unverhältnismäßigen Maßnahmen einer Räumung greifen lässt. Und diese Logik ist es, die die Uni-Leitung dazu bringt die Polizei zwei Mal im Laufe eines Tages auf den Campus zu holen und gegen die eigenen Studierenden vorgehen zu lassen.

Freiräume werden nicht erbettelt, Freiräume werden erkämpft!

bs-germanistik@gmx.net



Interview: Repressionen auf Demos und Gegenstrategien

Im Zuge der Spontandemonstration nach der Räumung des besetzten Raumes MZG 1140 kam es immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen der Polizei. Zum Thema Repression in und um Demos herum haben wir ein Interview mit einer Aktivistin aus dem Basisgruppenspektrum geführt.

Spontandemo nach der Räumung dringt bis zum geräumten Raum im ZHG vor.
(Foto: MonstersOfGoettingen)



BB: Hallo, du warst auf der bundesweiten Demonstration in Hamburg am 15.12.2007. Diese Demo richtete sich unter dem Motto 'Out of Control' gegen zunehmende Repression von Seiten des Staates gegenüber emanzipatorischen Bestrebungen. Entstanden ist dort daraus das gleichnamige Demokonzept 'Out of Control'. Worin bestand der Bedarf danach und was beinhaltet es?

A: Das Motto der Demo war auch in der Praxis so umzusetzen: 'Out of Control'. Also das Konzept beinhaltet, dass Kleingruppen auch außerhalb der Demo Aktionen machen und das die Demo in einem großen Block läuft, also dass es aufgeteilt ist in zwei Aktionsformen. Das ist eine Reaktion darauf, dass Demos im Normalfall von einem Wanderkessel umgeben werden und deshalb die Inhalte nicht nach außen getragen werden können.

BB: Welche Mittel und Strategien hat die Polizei, um unliebsame Demos sowohl im Vorfeld als auch währenddessen zu kriminalisieren, die so ein Konzept notwendig machen?

A: Im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm gab es zum Beispiel viele Hausdurchsuchungen und danach mittels eines §129a-Verfahrens gegen vermeintliche Aktivist_innen der „Militanten Gruppe“. Das wurde auch bei den anderen Demos spürbar. Die Repression ist einfach stärker geworden, also nicht nur die Hausdurchsuchungen, sondern auch was drumherum passiert ist. Das Nehmen von Geruchsproben, das 'präventive' Erstellen von Fingerabdrücken und die Einführung von Gummigeschossen. Im Vorfeld werden Demos auch durch Vorkontrollen kriminalisiert. Wenn man seinen Perso nicht vorzeigen kann, dann wird man auf die Wache mitgenommen und kann 'zufällig' nicht an der Demo teilnehmen. Meist sitzt man dann zwei oder drei Stunden ohne Rechtsgrundlage auf der Wache. Auf den Demos selbst wird die gan-

ze Zeit gefilmt, obwohl das eigentlich nur erlaubt ist, wenn ein zwingender Verdacht auf eine Straftat besteht. Dagegen hat man aber kaum etwas in der Hand - sie tun das einfach jedes mal wieder.

BB: Du hast vorhin von Wanderkessel gesprochen, was bedeutet denn das genau?

A: Die ganze Demo ist umgeben von mehreren Spalieren (Polizist_innen), die so dicht aneinander gehen, dass man weder rein noch raus kommt. Die Inhalte können so nicht transportiert werden, da die Demo so abgeschirmt ist. Weder Transparente können gelesen noch Sprechchöre gehört werden. Außerdem wirkt es sehr gewalttätig für Außenstehende, wenn so viel Polizei anwesend ist. Selbst wenn die Demo friedlich ist und sein soll, wird so ein Eindruck von Gewalttätigkeit vermittelt.

BB: Du hast vorhin auch von Kleingruppen gesprochen, die bei der „out of control“-Demo herum agieren sollten. Was hat es mit diesen Kleingruppen auf sich?

A: Erstmal können so wieder Inhalte nach außen getragen werden. Flyer können verteilt oder Transparente nach außen gezeigt werden was ja so erstmal durch drei Reihen Polizei nicht möglich wäre. Entscheidend ist, dass die Demo unkontrollierbar wird, dass sie macht, was sie möchte und nicht, was die Polizei sagt. Dass sie sich der Gewalt, die von außen auf die Demonstration wirkt, verweigert und sie unwirksam macht.

BB: Würdest du sagen, dass das Konzept in Hamburg funktioniert hat? Wenn nicht, was ist schief gegangen?

A: Der Wanderkessel war wieder da, und das nicht zu knapp (über 2000 Polizist_innen waren an dem Tag im Einsatz - Anm. d. Redaktion). Die Demo wurde frühzeitig aufgelöst, weil die Gewalttätigkeit von Seiten der Polizei einfach

zu massiv war, so dass sich die Demo oft gespalten hat. Es war zum Beispiel so, dass die Polizei in die Demo rein gegangen ist und willkürlich Leute verprügelt hat.

BB: Im Rahmen von der Spontandemo nach der Räumung des MZG 1140 war auch die Rede vom Konzept 'Out of Control', insofern als dass die Demo tatsächlich nicht von der Polizei gestoppt werden konnte Stimmt das?

A: Also die Demo hat das Konzept auf jeden Fall erfüllt, weil es unterschiedliche Demoteile gab. Wenn auf der einen Seite gekesselt wurde, hat der andere Teil die Reihen von hinten aufgebrochen. Auch weil sie super dynamisch und super flexibel war, weil es eine Spontandemo ohne vorgegebener Route war. Es war so dynamisch, dass die Polizei gar nicht hinterher kam.

BB: Du hast gesagt, dass andere Demoteile von hinten auf die Polizei zukamen, wenn sich ein Kessel gebildet hat, wie kann man sich das so vorstellen?

A: Das lief so ab, dass in Ketten von außen an den Kessel rangegangen worden ist. Wenn dann dort zwei Reihen Polizei stehen, gegen die mit genug Leuten entschlossen vorgegangen wird, dann müssen sich die Polizist_innen zurückziehen. Es geht dabei mehr um eine Symbolpolitik in dem Fall. Man zeigt, dass man in der Überzahl ist und, dass sie sich zurück ziehen müssen, weil deutlich ist, dass diese zwei Reihen die Demo auch nicht aufhalten werden.

BB: ...dann kommt vermutlich ein Befehl von der Einsatzleitung, dass sie sich zurückziehen müssen?

A: Ja genau.

BB: Um nochmal auf die Repression zurück zu kommen: Wie sah die denn bei der Spontandemo konkret aus?

A: Zu Beginn der Demo, als sich alle am Gänse-

liesel gesammelt haben, kamen gleich mehrere Reihen Polizei um die Ecke und haben den Platz zu gestellt. Zu Beginn der Demo wurde mit körperlicher Gewalt gegen die ersten Demoreihen vorgegangen, obwohl deutlich war, dass die Demo friedlich sein sollte. Es wurden Transparente zerrissen, Menschen geschlagen - Während der Demo wurde vorne und hinten dicht gemacht. Am Wilhelmsplatz gab es auch noch eine Hundestaffel. Dort wurde die Demo wieder eingekesselt und versucht, sie zum auflösen zu zwingen.

BB: Man hört auch öfters von Repression nach Demos. Kennst du Beispiele oder Fälle diesbezüglich?

A: Also während der ganzen Demo wurde gefilmt. Und ich habe auch davon gehört, dass eine Person willkürlich herausgegriffen wurde und dadurch auch eine Strafanzeige bekommen hat.

BB: Wie ist es für dich als Aktivistin von diesen Repressionen betroffen zu sein?

A: Erstmal ist die körperliche Gewalt auf einer Demo nicht besonders angenehm. Auch das Gefühl von vornherein kriminalisiert und die ganze Zeit gefilmt zu werden. Dadurch wird dann auch der Handlungsspielraum erfolgreich eingeschränkt, da man das Gefühl haben muss, die ganze Zeit kontrolliert zu werden. Dabei gehts nicht einfach um „illegale“ Aktionen - schon alleine das Demonstrieren bekommt den Flair von etwas Illegalem. Auf Demos selbst steht man in solchen Fällen stark unter Druck. Man will nicht der staatlichen Gewalt ausgesetzt sein, aber auch anderen Leuten helfen, wenn die Polizei übergriffig wird. Die Privatsphäre wird weitestgehend aufgelöst, sowohl während der Demo also auch im Vorfeld: das fängt beim Abhören an, beinhaltet Internetprotokolle, und führt zur kompletten Transparenz der Alltags.

BB: Was bedeuten das für politische Inhalte, die bei solchen Demos nach außen getragen werden sollen?

A: Es ist einfach traurig zu sehen, dass Leute kaum etwas mitbekommen. Eine Demo ist schließlich dazu da, den Leuten drum herum zu zeigen, warum man auf die Straße geht. Wenn dabei von vorn herein ein so martialisches Polizeiaufgebot die Demo einschließt, dass nichts nach außen kommen kann - oder nur das Bild einer gewalttätigen Demo - ist ein neues Konzept notwendig, um Inhalte in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Repression verhindert, dass sich Leute der Demo anschließen, weil sie von vornherein kriminalisiert werden oder einfach nur Angst vor'm Demonstrieren bekommen.

BB: Was kannst du dir vorstellen, wie Demos mit anderem Konzept in Zukunft ablaufen werden?

A: Also Spontandemos sind an sich was anderes, da sie dynamischer sind und sich spontan für die Route entschieden wird. Dadurch sind sie ohnehin weniger von der Polizei abhängig. Ich finde, dass das 'out of control'-Konzept sehr gut und auch notwendig ist. Aber die Durchführung muss noch verbessert werden: Es muss mehr Absprachen geben und sich eine Organisationsstruktur etablieren, an der man sich grob orientieren kann. Wanderkessel geht jedenfalls einfach gar nicht mehr.

BB: Letzte Frage: Würdest du sagen, dass die Repressionen gegenüber emanzipatorischen Projekten in letzter Zeit zugenommen haben oder waren sie schon immer auf diesem Niveau?

A: Es hat auf jeden Fall zugenommen. Die Maßnahmen werden immer extremer und krasser und greifen immer mehr in die Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte ein. Eine kritische Öffentlichkeit dagegen gibt es kaum noch. Protest wird zwar schwieriger, ist und bleibt gerade deswegen aber unbedingt notwendig.

BB: Danke für das Interview.

A: Bitteschön.

Stupa verurteilt Polizeieinsatz auf dem Campus - Anzeige wegen Anwesenheit auf Spontandemo.

Die Räumung des selbstverwalteten Cafés 1140 auf dem Campus der Uni Göttingen ist an sich schon skandalträchtig genug, um einen umfassenden Artikel zu schreiben (Siehe dazu Seiten 6-8). Aber nicht nur von der Uni, auch von Seiten des Staates wird fleißig zurückgeschlagen und kriminalisiert. Statt des ganzen Freiraumprojekts pickt dieser sich Einzelne heraus.

Es ist zwar nichts Wert, aber immerhin steht es auf Papier – deine Freiheit

Zunächst die gute Nachricht: Das Studierendenparlament hat den Polizeieinsatz auf dem Campus der Uni Göttingen verurteilt und verlangt vom Präsidium sowohl eine angemessene Erklärung als auch eine Entschuldigung für den Polizeieinsatz, der nur durch die Unileitung genehmigt werden konnte. Darüberhinaus fordert das StuPa die Zurücknahme der Strafanzeigen. Doch es ist nicht alles Gold was glänzt.¹

Der AstA hat unmittelbar nach der Räumung des Cafés eine Pressemitteilung veröffentlicht.² In dieser hatte er die Räumung verteidigt und damit der Polizeigewalt und der Kriminalisierung von legitimen Protest in die Karten gespielt. Diese Pressemitteilung ist ein politisch falsches Signal an die Unileitung. Darüberhinaus ist die Tatsache, dass noch zwei Monate nach dem StuPa Beschluss, die Pressemitteilung zur Räumung auf den AstA-Seiten steht eine Absage an die formalisierte Demokratie, wie sie der ADF hochhält.

Deshalb fordern wir den AstA dazu auf, die Position zum Polizeieinsatz in der Pressemitteilung öffentlich zurück zu nehmen.

Leider gibt es auch darüber hinaus noch unerfreuliche Nachrichten. Einem Studenten wurde eine Anzeige wegen Landfriedensbruch zugestellt. Ihm wird die bloße Teilnahme an der Spontandemonstration nach der Räumung des MZG 1140 vorgeworfen. Diese Anzeige ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich gegen das illegitime Vorgehen der Unileitung und der Polizei aussprechen. Die Demonstration, an der sich über 350 Menschen beteiligt haben, fand am Abend der Räumung des selbstverwalteten Cafés statt. Sie war lautstark und sollte der Unileitung vermitteln, dass eine Räumung des Cafés auf starken Unmut stößt und es eine breite Basis für dieses Café gibt. Neben Schlagstockeinsätzen, Tritten und Faustschlägen ins Gesicht ist dies nun die nächste Stufe der Repression von Seiten des Staates gegenüber den Demonstrierenden.

Big Brother is always watching

An dieser Stelle stellt sich die Frage, ob es nicht nur legitim, sondern auch wichtig ist, dass Menschen in der Lage sein sollten, gegen Ungerechtigkeit und Repression auf die Straße zu gehen. Ist es nicht unbedingt notwendig in Zeiten des Bildungsabbaus, des Abbaus sozialer Sicherheiten, der allgemeinen Senkung der Löhne, einer gleichzeitigen Aufrüstung der inneren 'Sicherheit' und vermehrter Einsätze der Bundeswehr im In- und Ausland, sich gegen die herrschenden Verhältnisse zur Wehr zu setzen?

Das sieht der Staat - was nicht ganz überraschend ist - offenbar anders. Denn die Anzeige ist kein Einzelfall - immerhin verschärft sich bundesweit die Repression gegenüber kritischen, emanzipatorischen Bestrebungen - und macht deutlich, dass versucht wird, bereits die niedrigschwelligste Form des Protests durch Kriminalisierung zu ersticken.³

Die Teilnahme an einer Demonstration, sollte kein Grund für eine Anzeige und schon gar keiner für eine Strafe sein. Das Mittel der Demonstration, um eine Öffentlichkeit zu schaffen und gegebenenfalls politischen Druck aufzubauen - worunter auch eine spontane Demonstration zählt - ist ein Recht, dass in dieser Gesellschaftsform mehr als verteidigt gehört. Es sollte eigentlich dafür gestritten werden, dieses Recht auszuweiten. Auf keinen Fall sollte es zu einer Kriminalisierung derer kommen, die Kraft und Energie aufwenden, um für akzeptablere Bedingungen zu streiten.

Es ist leider nicht unwahrscheinlich, dass noch mehr Menschen, die an dem Abend demonstriert haben, eine Anzeige bekommen haben. Daher bitten wir euch - falls ihr in diesem Zusammenhang von staatlicher Repression betroffen seid - wendet euch an die Rote Hilfe.⁴ Es wäre auch hilfreich, wenn ihr Kontakt zu uns aufnehmen würdet. Eventuell kann man sich gemeinsam über eine angemessene Antwort auf diese Repressionen Gedanken machen.

Zuguterletzt fordern wir das StuPa dazu auf, die Anzeige zu verurteilen und den AstA aufzufordern, sich für die Einstellung des Verfahrens einzusetzen.

felix@bb-goettingen.de

¹) Beschluss des Studierendenparlaments vom 19.2.08.

<http://stupa.uni-goettingen.de/index.php?id=890>. Zuletzt eingesehen am 20.3.08

²) Pressemitteilung des AstA. Im Internet unter:

<http://asta.uni-goettingen.de/index.php?id=941>. Zuletzt eingesehen am 28.3.08

³) In Göttingen ist dies bereits der dritte Fall in Folge, wo Einzelpersonen nach legalen und legitimen Demonstrationen eine Anzeige bekommen haben.

⁴) <http://puk.de/rhgoe>

+++ Analyse ++ Kritik ++ Aktion! +++

Basisdemokratisches Bündnis

„Bildung im Wandel“

Veranstaltungsreihe zu Begriff und Organisation von Bildung im nach-bildungsbürgerlichen Kapitalismus

Das, was man gemeinhin den Bildungssektor zu nennen pflegt, befindet sich in einer der größten Umbrüche seit der Humboldtschen Bildungsreform von 1810. Modularisierte Studiengänge, arbeitsmarktnahe Ausbildung, Studiengebühren, Abitur in 12 Jahren, die Aufzählung ließe sich sicherlich noch um eine ganze Reihe von Unannehmlichkeiten erweitern.

Widerstand regt sich nur vereinzelt, auch an der Uni sind die letzten Proteste und Protestversuche schon eine Zeit lang her. Dies ist aber kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Höchste Zeit einmal genauer zu schauen, was da in den letzten Jahren passiert ist. Eine Veranstaltungsreihe der Fachschaftsräte SoWi, Philo, Bio und Geo versucht auf eine Reihe von Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Bildungsreform stellen, Antworten zu finden und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Welche Veränderungen sind im Bildungsbereich zu verzeichnen? Wer hat sie initiiert und warum? Wann beginnen sie und welche gesellschaftlichen und ökonomischen Verwerfungen liegen ihnen zu grunde? Einen **historischen Abriss der neuen Bildungsreform** wird Kalle Kunkel vom Basisdemokratischen Bündnis im einleitenden Vortrag nachzeichnen und kritisch kommentieren.

Wie verändert sich dadurch die Struktur des Bildungssektors und der Begriff von Bildung? Löst sich die Abhängigkeit der Universität vom ideellem Gesamtkapitalisten (Staat) in der Autonomie der Hochschule auf? Werden wir dadurch alle freier? Gab es jemals eine „Freiheit der Wissenschaft?“ Felix Silomon-Pflug aus Frankfurt referiert über **Universität und Gouvernamentalität**.

Ist das Studium, das dabei rauskommt, überhaupt noch zu studieren? Schwerlich, so dürften alle antworten, die bereits im BA/MA studieren. Sich überschneidende Veranstaltungen, ständig wechselnde Studienordnungen, 40-Stunden-Woche, ein Jahr Zwangspause, wenn man eine Prüfung nicht geschafft hat und Zeit für ein Auslandssemester bleibt auch nicht. Ganz zu schweigen von dem finanziellen Druck, der durch die Einführung von Studiengebühren immens zugenommen hat. Eine Gruppe Studierender der Humboldt-Universität Berlin hat sich daran gemacht, die individuellen Erfahrungen mit den neuen Studiengängen unter die Lupe zu nehmen. Herausgekommen ist eine dicke Studie zur Studierbarkeit der BA/MA -Studiengänge, die die Vertreter_innen der Berliner Gruppe in Göttingen vorstellen werden.

Gab's nicht mal 'nen anderen Begriff von Bildung? Sowas von wegen Individuum, Selbstbestimmung und Freiheit? Ja, gab's. Ist auch noch gar nicht solange her. In der öffentlichen Debatte kräht heute kein Hahn mehr danach. Was mensch, der nicht blöde Denkmaschine sein will, heute noch aus den Ideen von damals lernen kann? Der Philosoph und Soziologe Roger Behrens wirft einen kritischen Blick zurück auf die **Bildungsdebatten und -konzepte der 60er und 70er Jahre**.

Die Boulevardpresse von Spiegel bis Bild jammert über die Übervorteilung von Jungen im Bildungssystem.

Je weiter man in der Bildungshierarchie nach oben geht, desto mehr sind entsprechende Stellen von Männern besetzt, besonders in den Natur- und Wirtschaftswissenschaften und der Juristerei. Und die Verschärfung des Konkurrenzdrucks lässt eher erwarten, dass informellen Seilschaften und Beziehungsnetzwerke eine immer größere Bedeutung nachkommt. Und die entscheidenden Knotenpunkte sind eben von Männern besetzt. Da ist abzusehen, welche Seilschaften wen ziehen werden. Darüber hinaus aber wäre zu fragen, wie die BA/MA-Studiengänge die Geschlechterverhältnisse in der Mikrostruktur, in den Studierenden und ihren Interaktionen, prägt. Sexismus und Homophobie als Ticket im inneruniversitären Konkurrenzkampf? Über den Zusammenhang von **Bachelor und Geschlecht** spricht eine weitere Referentin.

Wenn eine Demokratie auf die Mündigkeit aller angewiesen ist, um überhaupt ihrem Begriff zu entsprechen, und Mündigwerdung Teil eines Bildungsprozesses ist, was bedeuten die Umstrukturierungen für den Anspruch der bürgerlichen Gesellschaft, eine Demokratie zu sein? Dass die Bildungsreform alles andere als ein demokratisches Projekt ist, lässt sich bereits in der gezielten Ausschaltung universitärer Selbstverwaltung sehen. Tiefergehend aber wäre zu fragen, ob die Ausrichtung von Bildung am ökonomischen Imperativ nicht per se antidemokratisch ist. Ist sie in dieser Gesellschaft nicht anders zu bekommen, will man aber an der Demokratie festhalten, dann wäre eine Veränderung dieser Gesellschaft doch ernsthaft anzuraten. Über den Zusammenhang von **Bildungsbegriff und Demokratie** spricht Alex Demirovic aus Frankfurt.

Abschließend wäre zu fragen, was sich daraus für den Kampf für ein selbstbestimmtes Leben und Lernen ergibt. **Ergebnisse und Perspektiven** sollen in einer die Veranstaltungsreihe abschließenden Fishbowl-Diskussion mit allen Interessierten erarbeitet werden.

info@bb-goettingen.de

+++ Termine +++

Mi, 23.04. ab 22:00 // Juzi
BB-Party: Beats & Breaks
Party des BB

Mi, 14.05., 19:00 // ZHG 001
Der deutsche Konservatismus nach Auschwitz
mit Prof. Dr. Ludwig Elm, Basisgruppe Geschichte

Mi, 29.04., 20:30 // T-Keller
Fetisch Arbeit?! - Zur Kritik und Krise eines modernen Heiligtums
mit Norbert Trenkle Redical [M]

Mi, 21.05., 19:30 // ZHG
"Bildung im Wandel"
historischer Abriss neuerer Bildungsreformen Basisdemokratisches Bündnis

Mi, 26.05., 19:00 // ZHG 001
Studentenverbindungen als Männerbünde
mit Dr. Alexandra Kurth, Basisgruppe Geschichte

Sa, 7.06. // Hinterm blauen Turm
2. Antifée-Festival!
Feiern gegen Sexismus und Nationalismus. Mehr Infos: www.antifee.de

Die Termine der Veranstaltungsreihe zum Thema "Bildung im Wandel" (siehe links) stehen leider noch nicht genau fest. Achtet auf Ankündigungen oder schaut auf unsere Homepage:

www.bb-goettingen.de

Besucht unsere Homepage:

Das Info-Portal für Bildungskritik!

unter:

www.bb-goettingen.de

